

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Koller bekräftigt Wegweisungspraxis

Bern (AP) Bundesrat Arnold Koller hat am Freitag die Wegweisungspraxis für Tamilinnen und TAMILIN in der Schweiz bekräftigt. Koller reagierte damit auf ein Schreiben von 70 Parlamentariern, die Ende September angesichts der Angst vieler TAMILIN ein «klärendes Wort» vom EJPD-Chef verlangt hatten.

Die TAMILIN hätten in der Schweiz lange Zeit eine Sonderstellung gehabt, schreibt der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Nicht nur wegen der verbesserten Lage in ihrer Heimat, sondern auch in Anbetracht der Schweizer Wegweisungspraxis gegenüber anderen Asylbewerbergruppen lasse sich diese Sonderstellung heute nicht mehr rechtfertigen.

Delamuraz in Indonesien

Djakarta/Bern (AP) Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz hat am ersten Tag seines Besuchs in Indonesien eine Eisenbahnlinie auf Sumatra eingeweiht. Die 174 Kilometer lange Bahnlinie umfasst die längste Zahnradstrecke der Welt und wurde mit schweizerischer Finanzhilfe repariert, wie das EVD am Freitag mitteilte. Die Eisenbahnlinie auf der Insel Sumatra soll in erster Linie dem Transport von Kohle dienen. Sie führt von den Minen von Ombilin zum Hafen Teluk Bayur am indischen Ozean.

Zürcher Kantonalbank erhält Bestnote «AAA»

Zürich (AP) Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) hat von der Rating-Agentur Standard & Poors die Bestnote, das Triple-A (AAA), erhalten. Dieses Gütesiegel widerspiegelt die Qualität der Ausleihungen, die Bonität und die guten Zukunftsaussichten, teilte die viertgrösste Schweizer Bank am Freitag mit. Mit der Bewertung AAA gehöre die ZKB nun zu den zwölf sichersten Banken der Welt.

Ogi trifft britischen Verkehrsminister

Bern (AP) Bundesrat Adolf Ogi reist am kommenden Montag zu einem Treffen mit dem britischen Verkehrsminister Brian Mawhinney nach London. Dabei werde es unter anderem um die Umsetzung der Alpeninitiative sowie um das Transitabkommen gehen, teilte das EVD am Freitag mit. Beim ersten Treffen mit den neuen englischen Verkehrsminister seit dessen Amtsantritt werde Ogi die schweizerische Verkehrspolitik und dabei insbesondere die Projekte Bahn 2000 und NEAT.

Mehrwertsteuer – letzte Entscheidung liegt in der Schweiz

Landtag gerät unter Zeitdruck mit Behandlung des Mehrwertsteuergesetzes – Abschluss des Abkommens vorerst nur auf zwei Jahre

(G.M.) – Über die Frage, wer künftig die Mehrwertsteuer im Fürstentum Liechtenstein einhebt, diese neue Steuer verwaltet und die Kontrolle darüber ausübt, braucht nicht mehr debattiert werden. Die Regierungen der Schweiz und Liechtensteins haben sich nach längerem Tauschen darauf geeinigt, dass die Einhebung und Verwaltung der Mehrwertsteuer eine Sache des jeweiligen Staates sei, womit den souveränitätspolitischen Forderungen unseres Landes entsprochen wurde. Allerdings liegt die letzte Entscheidung über Beschwerden beim Bundesgericht in der Schweiz, und auch über Änderungen der jetzigen Mehrwertsteuer wird künftig das Parlament in Bern federführend befinden.

Was als Verhandlungsergebnis von der Regierung in Sachen Mehrwertsteuer präsentiert wurde, entspricht den Ausgangsvorstellungen, die in unserem Land sowohl im Landtag als auch in Wirtschaftskreisen, insbesondere im Sektor der Finanzdienstleistungen, schon seit längerer Zeit formuliert wurden. Zahlreiche Äusserungen von Politikern erhärten diese Ausgangsposition, die von der Überlegung ausgeht, dass ein souveräner Staat über die Steuerhoheit verfügt. Regierungschef Dr. Mario Frick etwa erklärte, als er ein erstes Mal mit dem schweizerischen Bundespräsidenten Otto Stich zu einem Meinungsaustausch zusammentraf: «Der eigenen Steuerhoheit kommt eine hervorragende Bedeutung zu». Jede andere Lösung als die selbständige Einhebung und Verwaltung der Mehrwertsteuer erschien Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel als «Preisgabe unserer steuerpolitischen Souveränität». Und FBP-Fraktionsprecher Dr. Gabriel Marxer unterstrich, dass «für Liechtenstein die Bewahrung der

Steuerhoheit unverzichtbar» sei. Das wochenlange Hin und Her zwischen der liechtensteinischen Regierung und dem schweizerischen Bundesrat, als hier Hoffnungen und dort Befürchtungen geäussert wurden, liess die Verhandlungen als offen erscheinen: Jedes vermutete Nachgeben der Schweiz von ihrer ursprünglichen Position nährte eifertige Bestrebungen, die Erlangung der souveränitätspolitischen Forderungen Liechtensteins in einen Verhandlungserfolg umzuinterpretieren.

Die Realität, mit dem Staatsvertrag und der Vereinbarung vorliegend, wirkt nüchterner: Dazu trägt der Passus des Vertragswerkes bei, dass die ausgehandelten Bedingungen vorerst nur für zwei Jahre gelten. Zweifellos handelt es sich hier um eine kurzfristige Angelegenheit, deren Ursprung wohl im Misstrauen der Schweiz gegenüber den Zusicherungen der Regierung in Bezug auf den Finanzdienstleistungssektor zu suchen ist. Offenbar gelang es dem Unterhändler, Regierungschef Dr. Mario Frick, bei seinen Begegnungen mit dem schweizerischen Bundespräsidenten Otto Stich nicht, die geäusserten Bedenken aus verschiedenen Kreisen in der Schweiz auszuräumen. Aber auch die Einsetzung einer gemischten Kommission sowie die Etablierung des schweizerischen Bundesgerichtes als letzte Instanz bei Beschwerdefällen von Steuerzahlern und Steuerverwaltungen sind untrügliche Anzeichen dafür, dass die Schweiz letztlich der dominierende Partner bleiben möchte und nach dem Verhandlungsergebnis bleibt. In dieses Muster passt auch die Bestimmung, dass Änderungen an der Mehrwertsteuer-Gesetzgebung von den schweizerischen Parlamenten vorgenommen werden.

Im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer, die nicht nur Waren betrifft, sondern auch Dienstleistungen, hat sich die Regierung in nächster Zeit mit dem Finanzdienstleistungssektor zu befassen. Schon anlässlich der Generalversammlung der VPBank hatte Verwaltungsratspräsident Dr. Heinz Batliner darauf hingewiesen, dass die Einführung der Mehrwertsteuer mit der Besteuerung der Holding- und Sitzgesellschaften eine Gefahr für die Rahmenbedingungen des Finanzstandortes Liechtenstein bilden könnte. Ähnlich lautende Warnungen waren auch im Landtag zu vernehmen gewesen, als die Vorlage der Regierung zur Anhebung der Mindeststeuer für Sitz- und Holdinggesellschaften beraten und schliesslich an die Regierung zur Überarbeitung zurückgewiesen wurde.

Die vor kurzem veröffentlichte Studie über die Entwicklungsperspektiven des Finanzdienstleistungssektors, die von der Regierung im Auftrag des St. Galler Zentrums für Zukunftsforschung erstellt wurde, hält in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Schweiz und Liechtensteins auf diesem Sektor fest.

Der Grossteil der ausländischen Gelder, heisst es in der Studie mit Bezug auf Liechtenstein, werde nicht direkt vom Ausland her in Depots einbezahlt, sondern würden über liechtensteinische Gesellschaften bzw. Stiftungen in die Depots fließen, wodurch sie sich – rechtlich betrachtet – in inländische Gelder verwandeln. Sofern die Schweiz die Vermögensverwaltung ausländischer Gelder von der Mehrwertsteuer befreie, was dem Vernehmen nach geschehen ist, so entstehe ein Handlungsbedarf, um eine Benachteiligung gegenüber der Schweiz zu vermeiden.

Gesellschaftssteuer aufgeschoben?

Regierungschef Dr. Mario Frick hielt an der Pressekonferenz zur Präsentation der Mehrwertsteuer-Einigung mit der Schweiz fest, dass die Frage der erhöhten Besteuerung der Sitz- und Holdinggesellschaften vorerst etwas aufgeschoben sei, obwohl er nach wie vor die Überzeugung habe, dass eine Anhebung der diesbezüglichen Steuersätze sich rechtfertigen lasse. Die Vernehmlassung habe jedoch das Ergebnis gebracht, dass die betroffenen Kreise unverändert ihre Ablehnung kundgetan hätten.

Abgesehen von den grundsätzlichen Überlegungen hätte der Finanzminister angesichts des zu erwartenden Mehrzuflusses an Steuergeldern durch die Einführung der Mehrwertsteuer in Höhe von etwa 20 Millionen Franken jährlich wohl etwas Mühe, eine Erhöhung dieser Steuerart zum jetzigen Zeitpunkt zu begründen.

Wie aus dem Vernehmlassungsbericht hervorgeht, trägt sich die Regierung mit dem Gedanken, mit den zu erwartenden Mehreinnahmen verschiedene, nicht im Detail näher erläuterte «Diversifizierungsmöglichkeiten für den Dienstleistungsbereich aufzubauen». Soll also eine florierende Branche mit staatlichen Mitteln, die vorher dieser Branche über höhere Steuersätze entzogen wurden, gefördert werden?

Sobald das Gesetz zur Mehrwertsteuer, das von der Regierung bereits verabschiedet wurde, der Öffentlichkeit vorliegt, wird ersichtlich, wie die Besteuerung der Finanzdienstleistungen erfolgen soll, ob ein Gefälle zur Schweiz entstanden ist und ob eine Möglichkeit besteht, in diesem Bereich eine eigenständige Regelung zu schaffen.

Grosse Koalition Österreichs steht vor herben Verlusten

Haider gelang Comeback nach Niederlage bei EU-Beitritt – Zweidrittelmehrheit der Regierungskoalition offenbar nicht gefährdet

Wien (AP) Nicht der historische Schritt nach Europa bestimmte den Kampf um Wählerstimmen für die österreichische Parlamentswahl morgen Sonntag. Die grosse Koalition von SPÖ und ÖVP unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Franz Vranitzky vermochte nicht, den gewonnenen Schwung nach dem EU-Referendum im Juni bis in die Nationalratswahl zu retten. Der Rechtspopulist Jörg Haider beherrschte mit seinen Tiraden gegen Ausländer und Korruption die Szenerie.

Die beiden grossen Parteien müssen jüngsten Umfragen zufolge mit herben Stimmverlusten rechnen, während Haider die Freiheitspartei (FPÖ) zulegen wird. Haider gelang ein fulminantes politisches Comeback nach seiner Niederlage in der Volksbefragung zum geplanten EU-Beitritt, den er abgelehnt hatte. Er profitiert davon, die einzige echte Opposition in Österreich zu vertreten, das seit acht Jahren von Sozial- und Christdemokraten gemeinsam regiert wird. Laut vorgebracht und einfach formuliert, lösen

seine Stellungnahmen in der weitgehend erstarrten politischen Landschaft fast immer Kontroversen aus. Die Anschlagserie gegen Menschen, die Flüchtlinge unterstützen, bestärkte seine Gegner in der Ansicht, dass Haider fremdenfeindliche Ausfälle den Boden für den sich ausbreitenden Rechtsradikalismus bereitet haben. Erst kürzlich tauchten wieder neue Briefbomben auf. Die FPÖ-Parolen von den Ausländern, die den Österreichern angeblich die Arbeit wegnehmen, wirken auch auf die Arbeiterklien-

tel der SPÖ attraktiv. Umfrageergebnisse bestätigen, dass die von Vranitzky (SPÖ) geführte Koalition voraussichtlich mit Zweidrittelmehrheit im 183 Sitze zählenden Nationalrat weiter regieren kann – wenn das Liberale Forum, eine Abspaltung von der FPÖ, den Sprung über die Vierprozenthürde schafft. Nach einer am Donnerstag von dem österreichischen Nachrichtenmagazin «News» veröffentlichten Umfrage kommen die Sozialdemokraten auf 37,6 Prozent, nach 42,8 Prozent bei der Wahl 1990.

Unterländer Jahrmarkt und Prämienmarkt

Attraktives Programm für gross und klein, die Stimmung mit Budenbetrieb und Verkaufsständen lieben



Diesen Samstag und Sonntag wird in Eschen der traditionelle Jahrmarkt, mit Viehmarkt und Verkaufsmarkt, durchgeführt. Die Veranstalter haben sich bemüht, auch dieses Jahr wieder für alle, die das jahrmärkliche Treiben lieben, ein attraktives Programm vorzubereiten. (Archivbild)

Werbevolumen in der Presse gestiegen

Lausanne (AP) Die Werbeausgaben in der Schweizer Tagespresse sind im September weiter gestiegen. Wie die Publicitas AG am Freitag in Lausanne mitteilte, kletterte auch der Index der Stellenanzeigen weiter nach oben. Der Index der Werbeausgaben erreichte Ende September 104,4 Punkte gegenüber 103,2 Punkten Ende August.

Das September-Resultat könne als aussagekräftige Entwicklung bezeichnet werden, da der Anteil der Werbeausgaben im September mit zehn Prozent des Jahresumsatzes – im Vergleich zu den sechs Prozent der schwachen Sommermonate Juli und August – stark ins Gewicht falle. Der Stellenanzeigen-Index kletterte laut Publicitas von 118,5 Punkten im August auf 122,1 Punkte im September. Die Prognose für Ende Dezember 1994 laute 130 Punkte. Im kommenden Jahr werde eine Zunahme der Stellenanzeigen in der Schweizer Presse um rund 30 Prozent erwartet. Der Anteil der Stellenanzeigen in der Tagespresse würde sich im Jahr 1995 im Vergleich zu den Gesamt-Werbeausgaben auf 16 Prozent belaufen.